

Zeitschrift: Schaffhauser Beiträge zur Geschichte
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Schaffhausen
Band: 77 (2000)

Artikel: "Wo es hell ist, dort ist die Schweiz" : Flüchtlinge und Fluchthilfe an der Schaffhauser Grenze zur Zeit des Nationalsozialismus
Autor: Battel, Franco
Kapitel: Zusammenfassung
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-841539>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenfassung

Bodensee und Rhein bilden etwa 50 Prozent der Grenze zwischen Deutschland und der Schweiz. Beide Gewässer waren für Flüchtlinge nur schwer zu überwinden. Einzig der Kanton Schaffhausen verfügt über eine längere «trockene» Grenze zu Deutschland, die unregelmässig durch Wiesen und Wälder verläuft. Deshalb bot dieser Grenzabschnitt Verfolgten der Hitler-Diktatur gute Möglichkeiten, die Schweiz auf dem sichereren Landweg zu erreichen. Dieser Befund schlägt sich in den Statistiken deutlich nieder: Über ein Drittel der Flüchtlinge, welche die Schweiz zwischen 1939 und 1945 über die nördliche Grenze¹ erreichten und von der Eidgenössischen Polizeiabteilung erfasst wurden, flohen über Schaffhauser Gebiet.

Einschränkend ist allerdings festzuhalten, dass nur etwa ein Fünftel der von der Eidgenössischen Polizeiabteilung gesamthaft registrierten Flüchtlinge über die nördliche Grenze in die Schweiz gelangte.² Dies hängt damit zusammen, dass dieser Grenzabschnitt zu keiner Zeit eigentlicher Brennpunkt der Fluchtbewegung war. Als die Fluchtzahlen im Jahr 1938 – nach der Annexion Österreichs – ihren ersten Höhepunkt erreichten, war nämlich die östliche Landesgrenze bei St. Gallen beliebtester Fluchtpunkt. Im Zusammenhang mit den Deportationen stand ab Sommer 1942 vorwiegend die westliche Landesgrenze im Mittelpunkt. Nach der Besetzung Italiens durch deutsche Truppen rückte schliesslich im Jahr 1943 das Tessin ins Zentrum des Interesses. Diese Fluchtbewegungen, die quantitativ am bedeutendsten waren und von der Öffentlichkeit am intensivsten wahrgenommen wurden, tangierten die nördliche Grenze – und damit den Kanton Schaffhausen – nicht bzw. lediglich peripher.

Im Kontext einer Gesamtschau der damaligen Ereignisse war der Kanton Schaff-

1 Landesgrenze der Kantone Basel-Stadt, Basel-Land, Aargau, Zürich, Schaffhausen und Thurgau.

2 Zwischen 1939 und 1945 erfasste die Eidgenössische Polizeiabteilung insgesamt 51'129 aufgenommene Zivilflüchtlinge. Von ihnen erreichten 11'053 die Schweiz über die Kantone Basel-Stadt, Basel-Land, Aargau, Zürich, Schaffhausen und Thurgau.

hausen ohne Zweifel ein Nebenschauplatz. Als solcher aber war er – hauptsächlich aufgrund der erwähnten grenztopografischen Faktoren – für Flüchtlinge durchaus attraktiv. So trafen, kurz nachdem Hitler an die Macht gelangt war, die ersten Verfolgten in Schaffhausen ein. Bei diesen handelte es sich zunächst vorwiegend um Mitglieder von KPD und KPDO. Dass Schaffhausen auch verfolgten Sozialdemokraten Zuflucht geboten hätte, ist nicht bekannt, da die Schaffhauser SP lange Zeit ein Schattendasein fristete, während kommunistische Parteien – vorwiegend die KPO – das linke Spektrum dominierten. Zu den ersten Flüchtlingen, die in Schaffhausen eintrafen, gehörten auch verfolgte Jüdinnen und Juden. Den meisten diente Schaffhausen allerdings lediglich als Durchgangsstation – ein Befund, der übrigens auch für den grössten Teil der kommunistischen Flüchtlinge zutrifft. Die kleine Grenzstadt bot diesen Verfolgten zwar gute Flucht-, aber kaum Aufenthaltsmöglichkeiten, dies um so mehr, als die Schaffhauser Asylpolitik in den ersten Jahren der Hitler-Diktatur ganz darauf ausgerichtet war, Flüchtlinge möglichst umgehend wieder loszuwerden. Dies änderte sich erst im Sommer 1938. Damals fanden – nach der Annexion Österreichs – etwa 120 verfolgte Jüdinnen und Juden im Kanton Schaffhausen Aufnahme (weitere 40 wurden nach Zürich und Basel abgeschoben). Die jüdische Armenfürsorge richtete für sie in der Naturfreunde-Hütte auf dem Buchberg und im ehemaligen Ferienheim bei Büttenhardt Unterkünfte ein. Für die Schaffhauser Öffentlichkeit war dies der erste intensive Kontakt zu Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die Aufnahmebereitschaft, die sich anfänglich gezeigt hatte, schwand allerdings bald: Im Spätsommer und Herbst 1938 wurden aufgrund eidgenössischer Weisungen schätzungsweise 400 Personen zurückgeschickt. Dies bedeutet, dass 1938 an der Schaffhauser Grenze deutlich mehr jüdische Flüchtlinge abgewiesen als aufgenommen wurden. Bis zum Kriegsausbruch änderte sich daran wenig: Die Grenze blieb beinahe ganz geschlossen.

Nach Ausbruch des Kriegs stiegen die Fluchtzahlen sprunghaft an. Zunächst waren es hauptsächlich entwichene Kriegsgefangene, die in Schaffhausen Zuflucht suchten. Die meisten von ihnen stammten aus Frankreich. Sie reisten nach kurzem Aufenthalt über Genf in den unbesetzten Teil ihres Heimatlandes weiter. Ihre Zahl war ungleich höher als jene der jüdischen Flüchtlinge des Jahres 1938. So erreichten allein im Jahr 1941 insgesamt beinahe 2000 Verfolgte Schaffhausen – 95 Prozent von ihnen waren französische Kriegsgefangene. Mit der Verlagerung des Kriegsgeschehens nach Osten gelangten zunehmend Flüchtlinge aus Polen und Russland nach Schaffhausen. Bei diesen handelte es sich teilweise ebenfalls um entwichene Kriegsgefangene. In zunehmendem Mass waren aber auch entflozene Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter darunter. Erst in den letzten beiden Kriegsjahren kamen regelmässig Grenzübertritte deutscher Deserteure dazu. Dagegen blieb die Zahl geflohener Jüdinnen und Juden, selbst nach der Deportation der jüdischen Bevölkerung Badens am 22. Oktober 1940, äusserst gering. Nachdem die Deportationen reichsweit und in allen von Deutsch-

land unterworfenen Gebieten eingesetzt hatten, gelangten ab 1942 knapp 100 jüdische Flüchtlinge nach Schaffhausen.

Ihren Höhepunkt erreichten die Fluchtzahlen kurz vor Kriegsende, nachdem deutsche Behörden damit begonnen hatten, Kriegsgefangene und Zwangsarbeitskräfte direkt an die Grenze abzuschieben. In Deutschland konnten sie nicht mehr ernährt und auch nicht mehr bewacht werden. In den letzten Kriegsmonaten dürften auf diese Weise rund 12'000 Flüchtlinge nach Schaffhausen gelangt sein. Dabei sind die deutschen Grenzbewohnerinnen und Grenzbewohner, die sich während des Einzugs französischer Besatzungstruppen kurzfristig auf Schaffhauser Gebiet in Sicherheit brachten, nicht mitgezählt.

Für die gesamte Kriegszeit ist demnach mit knapp 17'000 Flüchtlingen zu rechnen, welche die Schweiz über den Kanton Schaffhausen erreichten. Die weitaus meisten dieser Hilfesuchenden waren entwichene Kriegsgefangene oder Zwangsarbeitsflüchtlinge.

Trotz dieser beeindruckenden Zahlen: Aufgrund eidgenössischer Weisungen waren Verfolgte während Jahren zurückzuweisen und auszuschaffen. Dabei zeigte es sich, dass der Kanton Schaffhausen diese restriktiven Bestimmungen zunächst ohne Wenn und Aber vollzog. Unter Polizeidirektor Ernst Lieb (BP) und Robert Wäckerlin, dem Chef der kantonalen Fremdenpolizei, kam es bei zwei kommunistischen Flüchtlingen gar so weit, dass sich selbst die Eidgenössische Fremdenpolizei für ein milderes Vorgehen aussprach. Als die Polizeidirektion 1935 an Ernst Bühler (SAP) überging, blieb Wäckerlin, welcher der Front angehörte, weiter im Amt. Auch an der strikten Umsetzung eidgenössischer Weisungen änderte sich vorerst wenig. Dies zeigte sich hauptsächlich im Spätsommer und Herbst 1938, als an der Schaffhauser Grenze schätzungsweise 400 jüdische Flüchtlinge abgewiesen wurden. Einzig in Ausnahmefällen war Ernst Bühler bereit, Flüchtlingen entgegen eidgenössischer Weisungen Aufnahme zu gewähren.

Erst unter Bühlers Nachfolger Theodor Scherrer (ebenfalls SAP) entwickelte sich eine humanere Schaffhauser Praxis. Entgegen den geltenden Weisungen nahmen Schaffhauser Landjäger ab 1942 rund 700 Kriegsgefangene und Zwangsarbeitsflüchtlinge auf. Daneben fanden auch 78 Jüdinnen und Juden – auch wenn eidgenössische Bestimmungen deren Ausschaffung forderten – Aufnahme. Theodor Scherrer scheint Robert Wäckerlin, der verschiedentlich Gegensteuer geben wollte, zurückgebunden zu haben. Während das zuständige Territorialkommando die abweichende Praxis billigte oder zumindest nicht dagegen intervenierte, denunzierte die Grenzwatch die dissidente Praxis der Schaffhauser Kantonspolizei verschiedentlich bei vorgesetzten Stellen. Allerdings waren auch einzelne Grenzwachter immer mehr dazu übergegangen, Flüchtlinge entgegen den geltenden Bestimmungen aufzunehmen.

Die Entwicklung der abweichenden Schaffhauser Praxis als linearen Prozess zu verstehen, wäre verfehlt. Auffallend ist vielmehr, dass zunächst Willkür herrschte. Je nachdem, auf welchen Grenzwachter oder Landjäger die Flüchtlinge zuerst stiessen, wurden sie aufgenommen oder abgewiesen. Die Willkür

manifestierte sich auch darin, dass jene Flüchtlinge am ehesten Aufnahme fanden, die den Mut aufbrachten, sich der Ausschaffung zu widersetzen, indem sie sich nicht vom Fleck rührten oder glaubhaft machen konnten, sie würden sich im Falle einer Zurückweisung auf der Stelle umbringen. Flüchtlinge, die sich nicht wehrten, hatten es entschieden schwerer und wurden wohl häufiger zurückgeschickt.

Dass sich die Abweichung langsam zur Norm entwickelte, hat verschiedene Ursachen: Erstens förderten die Nähe zur Grenze und der unmittelbare Kontakt mit Flüchtlingen und deren Schicksalen das Entstehen einer dissidenten Asylpraxis. So waren Flüchtlinge, die von einer Bauernfamilie aufgenommen und gepflegt worden waren, nur mehr schwer zurückzuweisen. Zweitens wäre das bescheiden dotierte Landjägerkorps wohl schlicht überfordert gewesen, hätte es die eidgenössischen Weisungen tatsächlich konsequent vollzogen. Waren beispielsweise fünf entwichene Kriegsgefangene und zwei jüdische Flüchtlinge aufgegriffen worden, so dürfte es wesentlich einfacher gewesen sein, alle aufzunehmen. Hätte dagegen ein Teil aufgenommen und ein Teil ausgeschafft werden müssen, wäre mit einem erheblichen Mehraufwand zu rechnen gewesen. Und drittens waren es politische Umstände, welche die dissidente Praxis förderten: So konnte sich der sozialdemokratische Polizeidirektor Theodor Scherrer gegen den frontistischen Chef der kantonalen Fremdenpolizei immer mehr durchsetzen. Auch Stadtpräsident und Nationalrat Walther Bringolf – der über den grössten Einfluss verfügte – intervenierte verschiedentlich zugunsten einer humaneren Asylpolitik. Zudem brachte die Bevölkerung Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, denen es gelungen war, sich der Hitler-Diktatur zu entziehen, vor allem gegen Ende des Kriegs grosse Sympathie entgegen.

Dass Flüchtlinge entgegen geltenden Weisungen nach Schaffhausen gelangten, lag allerdings nicht nur an den Behörden, die immer öfters ein Auge zudrückten. Auch Fluchthelferinnen und Fluchthelfer hatten ihren Anteil daran. Nur dank ihrem Einsatz konnten verfolgte KPD- und KPDO-Mitglieder nach 1933 über die Grenze gelangen. Dass im Sommer 1938 etwa 160 jüdische Flüchtlinge nach Schaffhausen gelangten, war zu einem erheblichen Teil ebenfalls dem Einsatz von Helferinnen und Helfern zu verdanken. Und auch die überwiegende Zahl jener Jüdinnen und Juden, die nach 1942 über die Schaffhauser Grenze flohen, hatten auf Unterstützung zählen können.³

Trotz dieser Beispiele: Nicht alle Flüchtlinge waren in gleich hohem Mass von der Fluchthilfe abhängig. Über die heute bekannten Fluchthilfen gelangten nachweislich lediglich zwischen 150 und 200 Personen nach Schaffhausen. Der weit- aus grösste Teil der Flüchtlinge (Kriegsgefangene, Zwangsarbeiterinnen, Zwangsarbeiter) überschritt die Grenze dagegen ohne Fremdhilfe. Die Ursache für diesen bedeutsamen Unterschied liegt darin, dass entwichene Kriegsgefangene und

3 Zu den wenigen jüdischen Flüchtlingen, die nach dem Einsetzen der Deportationen die Schweiz auf eigene Faust erreichten, gehörten Edith Dietz-Königsberger und Irmgard (Ilka) Königsberger.

Zwangsarbeitsflüchtlinge, die in Schaffhausen eintrafen, zumeist in der badischen Grenzregion untergebracht gewesen waren. Für die Flucht hatten sie deshalb nur einen relativ kurzen Weg zurückzulegen. Zudem verbreiteten sich erfolgversprechende Fluchtrouten und andere Tips und Tricks unter fluchtwilligen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitskräften schnell. Im Gegensatz dazu kamen verfolgte KP-Mitglieder und jüdische Flüchtlinge meist von weit her (aus Berlin, Wien oder anderen grossen Städten). Die Kontrollen, mit welchen diese Flüchtlinge auf ihrem Weg zur Grenze rechnen mussten, gehörten denn auch zu den grössten Risiken einer solchen Flucht.⁴ Im Grenzgebiet eingetroffen, stellte sich ein weiteres Problem: Das Grenzgelände war diesen Flüchtlingen zumeist vollkommen fremd. Wegen der Grenzposten war ein unverfängliches Erkunden von Fluchtwegen kaum möglich. Zudem mussten die Flüchtlinge damit rechnen, durch Schweizer Grenzbeamte abgewiesen zu werden. Unter diesen Umständen hatte die Hilfe schon am Ausgangspunkt der Flucht einzusetzen und bis zum Grenzübertritt anzuhalten. Als beispielsweise Lotte Kahle im Frühjahr 1943 in die Schweiz floh, konnte sie in Berlin, auf der Reise an die Grenze, in Singen, Gottmadingen und schliesslich auch in Ramsen auf Helferinnen und Helfer zählen. Besonders ausgeklügelte Fluchthilfen setzten demnach beiderseits der Grenze ein (KP/Rote Hilfe, Wolf/Wollheim, Meier/Höfler). Der grössere Teil der Fluchthilfen allerdings beschränkte sich auf deutsches Gebiet (KPO, Konstanzer und Gailinger Juden, Ruf/Weiler, Heckendorf, Denzel, Wicker).

Für die badisch-schaffhausische Grenzregion lassen sich insgesamt neun verschiedene Fluchthilfen nachweisen. Durch diese gelangten, wie erwähnt, zwischen 150 und 200 Personen in die Schweiz. Ob dies eine vergleichsweise beachtliche Zahl ist, lässt sich nur schwer sagen, da entsprechende Studien anderer Grenzregionen (Basel-Lörrach oder Konstanz-Kreuzlingen) weitgehend fehlen. Trotzdem ist zumindest zu vermuten, dass über die badisch-schaffhausische Grenze überdurchschnittlich viele Fluchthilfen und Fluchtwege führten. Die Voraussetzungen für Flüchtlinge und Fluchthelfer waren in dieser Grenzregion nämlich durchaus günstig. Neben grenztopografischen Gesichtspunkten ist dabei hauptsächlich an die Verkehrswege zu denken. So war die Region durch die Bahnlinien Stuttgart–Zürich und Basel–München gut erschlossen. Mit Nebenlinien – wie der heute stillgelegten Randenbahn – konnten Flüchtlinge ins unmittelbare Grenzgebiet fahren. Dass mit Singen und Schaffhausen beiderseits der Grenze Städte mit einer stark politisierten Arbeiterschaft lagen, wirkte sich ebenfalls günstig aus. So waren linke Parteien und ihre Nebenorganisationen Kristallisationspunkte von Fluchthilfen. Gleiches galt bezüglich der benachbarten jüdischen Gemeinden von Gailingen, Randegg, Wangen und Konstanz. Die traditionellen Verbindungen dieser Gemeinden nach Schaffhausen und Zürich

4 Für jüdische Flüchtlinge galt dies für die Zeit nach 1940. Zuvor hatten deutsche Behörden noch alles daran gesetzt, die jüdische Bevölkerung zu vertreiben. Dazu hatten sie auch jüdische Fluchthilfen unterstützt.

ebneten verschiedenen Fluchthilfen den Weg. Schliesslich ist zu erwähnen, dass die Grenze um Schaffhausen zu keiner Zeit vollständig abgeriegelt war und ein gewisser Austausch stets stattfand. Dabei waren es vor allem Grenzgänger, welche die Kontakte aufrechterhielten. So ist es kein Zufall, dass die Fluchthilfe von KP und Rote Hilfe lange Zeit auf die Kurierdienste des Grenzgängers Xaver Harlander setzte. Ähnliches gilt für Johann Seemann (Meier/Höfler) oder Erich Böni (Wolf/Wollheim).

Die Analyse der verschiedenen Fluchthilfen zeigt, dass die idealistische Vorstellung, alle Beteiligten hätten stets identische Interessen verfolgt, nicht den Tatsachen entspricht. Zwischen Fluchthelfern und Flüchtlingen standen oft Interessenkonflikte: Während sich die Flüchtlinge meist auf das Gelingen ihrer eigenen Flucht konzentrierten, mussten sich die Helferinnen und Helfer über den einzelnen Fall hinaus absichern. Im Gegensatz zu den Flüchtlingen, die nach gelungenem Grenzübertritt in Sicherheit waren, lebten die in Deutschland zurückgebliebenen Helfer in der Gefahr, auch später noch aufgespürt und von der NS-Justiz zur Rechenschaft gezogen zu werden. Ihnen drohten langjährige Zuchthausstrafen und die Einweisung in Konzentrationslager, was einem Todesurteil gleichkommen konnte. Auch in der Schweiz hatten Fluchthelferinnen und Fluchthelfer mit strafrechtlicher Verfolgung zu rechnen.

Die erwähnten Interessenkonflikte zeigten sich beispielsweise beim Fluchtgepäck. Während die Flüchtlinge nur sehr ungern auf solches Gepäck verzichteten, sahen die Fluchthelfer darin vorwiegend eine Gefahrenquelle. Tatsächlich sind verschiedene Fälle belegt, wo auffälliges Gepäck dazu führte, dass Flüchtlinge und Fluchthelfer entdeckt und verhaftet wurden (KP/Rote Hilfe, Ruf/Weiler, Meier/Höfler). Vergleichbare Konflikte entwickelten sich beim eigentlichen Grenzübertritt. Während die Flüchtlinge in der Regel bis unmittelbar zum Übertritt von der Ortskenntnis des Helfers profitieren wollten, tendierten die Helfer dazu, sich schon früh von den Flüchtlingen zu verabschieden und lediglich die Fluchtrichtung anzugeben (Heckendorf, Meier/Höfler). Solche Konflikte bargen stets Zündstoff in sich und gehörten verschiedentlich zu jenen Faktoren, welche die Fluchthilfe aufliegen liessen (KP/Rote Hilfe, Ruf/Weiler, Heckendorf, Meier/Höfler).

Bei der Fluchthilfe bzw. dem Schriftenschmuggel durch KP und Rote Hilfe kam erschwerend hinzu, dass neben Flüchtlingen und Helfern ein dritter Akteur mit im Spiel war: Die Fäden dieser Fluchthilfe liefen bei der Parteiführung zusammen, und Parteikader hegten zumeist unrealistische und übertriebene Ambitionen, welche die Möglichkeiten der Helferinnen und Helfer weit überstiegen und diese letztlich akut gefährdeten. Bei den jüdischen Fluchthilfen gab es dagegen keine übergeordneten Strukturen. Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist es auch diesem Umstand zuzuschreiben, dass die Fluchthilfen für verfolgte Jüdinnen und Juden insgesamt weit erfolgreicher funktionierten.

Beim Vergleich zwischen jüdischer und kommunistischer Fluchthilfe fällt zudem auf, wie wenig beide miteinander zu tun hatten. Die Kategorien, nach welchen

die Flüchtlinge unterteilt wurden, widerspiegeln sich also auch in der Fluchthilfe. Dass es diese strikte Trennlinie gab, hängt auch mit der Chronologie der Fluchtbewegungen zusammen. Kommunistische Flüchtlinge gelangten hauptsächlich 1933/34 und zu Kriegsende an die Schaffhauser Grenze. Im Jahr 1938, als die jüdische Fluchtbewegung an der Schaffhauser Grenze ihren Höhepunkt erreichte, waren die Anlaufstellen für KPD-Flüchtlinge zerschlagen. Aber auch wenn die Fluchtbewegungen kongruenter gewesen wären, so hätten die Fluchthilfen für jüdische und kommunistische Flüchtlinge kaum ineinandergegriffen. Ideologische Gräben hätten dies verhindert. Zudem war es in der klandestinen Grenzarbeit eine Binsenwahrheit, dass eine grössere Zahl von Mitwissern automatisch grössere Risiken mit sich brachte.

Es waren die verschiedensten Motive, welche Menschen dazu bewegten, Flüchtlingen zu helfen. Wie die beschriebenen Fälle belegen, spielte dabei das Geld eine nicht unwesentliche Rolle (KP/Rote Hilfe, Konstanzer/Gailinger Juden, Wolf/Wollheim, Heckendorf, Meier/Höfler). Trotzdem wäre es verfehlt, kommerzielle Interessen als eine *conditio sine qua non* zu bezeichnen. Die Fluchthilfe für verfolgte Kommunistinnen und Kommunisten war, selbst wenn sie bezahlt wurde, von politischen Idealen kaum zu trennen. Dies zeigte sich nur schon daran, dass die enormen Risiken, welche die zumeist arbeitslosen Helferinnen und Helfer eingingen, durch Geld kaum aufzuwiegen waren. Auch den verschiedenen Fluchthilfen für verfolgte Jüdinnen und Juden liegen nicht nur kommerzielle sondern vielschichtige Motivationen zu Grunde. Dazu gehörten politische, religiöse und humanitäre Ideale. Bei vielen war wohl auch Abenteuerlust mit im Spiel.

Bemerkenswert ist, dass insgesamt etwa 100 Helferinnen und Helfer beiderseits der Grenze Widerstand im kleinen leisteten und als «unbesungene Helden» einen Beitrag im Kampf gegen Hitler leisteten.

Abschliessend möchte ich noch auf folgendes hinweisen: Widerstand aus der Bevölkerung wurde stets sehr ernst genommen. Dies zeigte sich auch an der Schaffhauser Grenze. So hatte sich die Ramsener Dorfbevölkerung im Jahr 1938 erfolgreich gegen die Ausschaffung eines jüdischen Ehepaares gewehrt und konnte so immerhin dazu beitragen, dass die Behörden fortan von Ausschaffungen aus dem Landesinnern absahen. Schliesslich führte der Widerstand, der sich in Neunkirch gegen die Rückstellung von Zwangsarbeitern geregt hatte, dazu, dass eine Delegation aus dem Kanton Schaffhausen in Bern vorsprach. Dies bewirkte eine humanere Aufnahmepraxis für diese Flüchtlinge. Es ist kein einziges Beispiel bekannt, wo der Einsatz der Bevölkerung zugunsten von gefährdeten Flüchtlingen nichts gefruchtet hätte. Allerdings ist anzumerken, dass solche Einsätze – übers ganze gesehen – singuläre Erscheinungen blieben. Sonst hätte die Schweizer Flüchtlingspolitik wohl anders ausgesehen und würde heute auch anders bewertet.

